

MARTIN WELKER
ANDREAS ELTER
STEPHAN WEICHERT
(HRSG.)

Pressefreiheit

ohne Grenzen?

Grenzen der

Pressefreiheit

HWI

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Martin Welker / Andreas Elter / Stephan Weichert (Hrsg.):
Pressefreiheit ohne Grenzen?
Grenzen der Pressefreiheit
Köln : Halem, 2016

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung, sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch
Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
(inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

2., leicht überarbeitete Auflage

© 2010, 2016 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (Print) 978-3-86962-223-1

ISBN (E-Book) 978-3-86962-224-8

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im
Internet unter <http://www.halem-verlag.de>
Email: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag

GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Martin Welker / Andreas Elter /
Stephan Weichert (Hrsg.)

Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit

HERBERT VON HALEM VERLAG

Dieses Buch ist den 76 Journalisten gewidmet, die nach Angaben von Reporter ohne Grenzen im Jahr 2009 weltweit getötet wurden, sowie den unzähligen Medienschaffenden, die wegen der Ausübung ihres Berufs körperlich angegriffen, festgenommen oder bedroht wurden.

Inhalt

MARTIN WELKER / ANDREAS ELTER / STEPHAN WEICHERT	9
Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit! Zur Einführung	
TEIL 1: PRESSEFREIHEIT – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT	14
HERIBERT PRANTL	14
Pressefreiheit – das täglich Brot der Demokratie. Wert und Gefährdung eines Ur-Grundrechts	
ERIK BETTERMANN	28
»Einschränkung der Medienfreiheit weltweit«	
REPORTER OHNE GRENZEN E.V.	40
Helden und Handlanger: Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen	
THOMAS LEIF	60
Recherche-Journalismus als Qualitätsanker	
SONIA MIKICH / KIM OTTO	78
Freiheit strengt an, ist aber schön – ein Beitrag über Möglichkeiten und Grenzen des kritischen Journalismus	
THOMAS MORAWSKI	89
Pressefreiheit 2010 – Eine Standortbestimmung	

MARTIN WELKER	107
Quellen online: schöne neue Researchwelt?	
TEIL 2: EUROPA UND DIE WESTLICHE WELT	134
MANFRED REDELFS	134
Mehr Transparenz wagen: Das Informationsfreiheitsgesetz im internationalen Vergleich	
STEPHAN WEICHERT / LEIF KRAMP	168
Pressefreiheit ohne Presse? Warum der Qualitätsjournalismus bedroht ist und was wir dagegen tun können	
ANDREAS ELTER	184
Neuer Medienstrukturwandel und Pressefreiheit: Der Obama-Wahlkampf 2008 als Fallbeispiel	
INGO MANNTEUFEL	198
Pressefreiheit weltweit – Die Lage der Medien in Russland	
MARLIS PRINZING	206
Showmaster und Sonnenkönig – Journalismus unter Berlusconi und Sarkozy	
RICHARD VIELWERTH	231
Pressefreiheit in Tendenzbetrieben – ein schwieriges Verhältnis	
THOMAS HAHN / THOMAS HORKY	244
Beschränkung der Pressefreiheit im Sport	

TEIL 3: NAHER OSTEN UND AFRIKA	260
WOLFRAM EBERHARDT	260
Pressefreiheit im Nahen Osten – ein rares Gut	
MONIKA HOEGEN	276
Besser genauer hinschauen. Pressefreiheit in Afrika	
LUTZ MÜKKE	287
Afrika: Zwischen Akkreditierungswahn, Bestechung und erzwungenen Undercover-Recherchen	
CHRISTIANE SCHLÖTZER-SCOTLAND / CARL-WILHEM MACKE	299
Auslandseinsätze von Journalisten in Kriegs- und Krisengebieten: Hilfe im Notfall	
TEIL 4: ASIEN	309
MAIKE RUDOLPH	309
Wider die Vernunft? – Katastrophenberichterstattung unter dem Militärregime in Birma	
ARIANE REIMERS	321
Die Lage der Presse in China	
TEIL 5: AUSBLICK	336
HANS-ULRICH JÖRGES	336
Den Kontinent journalistisch vereinigen: Warum wir eine Europäische Charta für Pressefreiheit brauchen	
Autorinnen und Autoren	342

MARTIN WELKER / ANDREAS ELTER /
STEPHAN WEICHERT

Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit! Zur Einführung

Die freie Meinungsäußerung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Pressefreiheit sowie die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien sind unabdingbare Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Auf Freiheit und Toleranz bauen Bürger und Journalisten aber in vielen Staaten der Welt oftmals vergeblich. Daher fördert und unterstützt die UNESCO, die Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen, die Grundlagen für freie Meinungsäußerung, auch weil sie damit effektive Friedensförderung betreibt. Um dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ein Datum und zugleich einen Kalendereintrag zu geben, wurde der 3. Mai jedes Jahres auf Vorschlag der UNESCO durch die UN-Generalversammlung als Internationaler Tag der Pressefreiheit ausgerufen.

Seit 1993 erinnert dieser Tag an die ›Erklärung von Windhoek‹, die zwei Jahre zuvor mit dem Ziel der Förderung einer unabhängigen und pluralistischen Presse in Namibia verabschiedet wurde. Stellvertretend wird damit aber auch an die Verletzung von Informations- und Freiheitsrechten in vielen Staaten der Welt gemahnt. Die Botschaft des 3. Mai lautet: Jeder Journalist muss überall auf der Welt das Recht haben, frei und ohne Angst berichten zu können, so die UNESCO-Kommission. »As the only UN agency with a mandate to defend freedom of expression and press freedom, UNESCO has placed mutual understanding, and dialogue through media at the core of its mission« (UNESCO 2009).

Nun ist es aber keineswegs so, dass sich Journalisten und Verleger aufgrund des Engagements der UNESCO und anderer Akteure zurücklehnen könnten. Im Gegenteil: Das freie Wort stößt nach wie vor an Grenzen – geografische, systemische und ideologische. Weltweit nehmen die Angriffe auf Journalisten und die Presse tendenziell zu, die Feinde des freien Wortes feiern wieder in vielen Staaten Erfolge. Dies belegen die jüngsten Berichte zur Lage der Presse und Meinungsfreiheit der Journalistenvereinigung Reporter ohne Grenzen und die Daten des international arbeitenden Freedom House. Die 1941 von us-amerikanischen Persönlichkeiten gegründete Watchdog-Organisation zeigt auf einer jährlich neu erstellten Weltkarte, welche Staaten in Bezug auf Meinung und Presse frei, teilweise frei oder unfrei sind. Die weißen und hellgrauen Flächen auf der Presse-Weltkarte (vgl. Abb. 1) sind demnach kaum größer als die unfreien, schwarzen Flächen.

ABBILDUNG 1

Map of World Press Freedom 2009



Quelle: Freedom House

Insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion, dem Nahen Osten und Nordafrika sieht die Lage für Journalisten nach wie vor düster aus (FREEDOM HOUSE 2009). Verbesserungen gab es zwar in einer kleinen

Zahl von Ländern – so gab es einige Lichtblicke in Teilen Südasiens und Afrikas (vgl. MÜKKE 2009 sowie in diesem Band). In vielen anderen Teilen der Welt dauerten die unerbittlichen Angriffe auf unabhängige Medien jedoch an: Drehverbote, Gewaltandrohungen und Konfusionsstrategien sind dort an der Tagesordnung. Insbesondere Kriege und Krisen sind Katalysatoren für die Unterdrückung von Presse- und Meinungsfreiheit. Journalisten in Kriegs- und Katastrophengebieten stehen deshalb unter besonderem Druck.

Doch nicht nur in autoritären Staaten ist die Pressefreiheit eingeschränkt. Auch in der westlichen Welt ist sie nicht grenzenlos. Insofern ist der Titel dieses Buches in einem doppelten Sinn zu verstehen – denn Grenzen der Pressefreiheit zeigen sich auch hierzulande, also selbst in Ländern, die überwiegend als freiheitlich gelten können, ist verstärkte Aufmerksamkeit geboten. Dazu gehört auch und insbesondere Deutschland, ein Land das nach der Auffassung von Freedom House als ›frei‹ eingeschätzt wird. Ein permanenter Alarmismus, der unter anderem auf tatsächliche oder vermeintliche Bedrohungen rekurriert, hat hierzulande zunehmend ein Klima geschaffen, in dem vernünftige Argumente für eine freiere Gesellschaft immer seltener Gehör finden. In einem solchen Klima gedeihen die Gewächse der Überwachungsfanatiker prächtig: Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen, Zugriff der Geheimdienste auf Fluggast- und Kontodaten, Nacktscanner und die Fütterung monströser Arbeitnehmerdatenbanken unterminieren mittel- und langfristig die Bürgerrechte. Journalisten sind davon unmittelbar betroffen und damit auch die Pressefreiheit: denn mit der Einschränkung verfassungsmäßig verbriefter Bürgerrechte werden zugleich auch die Rechte von Journalisten ausgehöhlt – der Informantenschutz und Restriktionen bei der Recherchefreiheit sind besonders augenfällige Beispiele. Zwar müssen Journalisten und Verleger hierzulande keine totalitären Diktatoren, keine Junta oder fundamentalistische Gewaltherrscher fürchten, dennoch sollten sie ihre Rechte nicht in Sicherheit wähen. Die moderne Informationsgesellschaft schafft Brüche und Bedrohungslinien, die zwar nicht mit unmittelbarer Gewalt einhergehen, dafür aber umso subtiler wirken. Hinzu kommen der zunehmende wirtschaftliche Druck sowie die Veränderungen der Gesellschaft durch einen digitalen Pressewandel, der Journalisten, Herausgeber, Verleger und Medienunternehmer vor neue Herausforderungen stellt und – wenn auch indirekt – in puncto Meinungsvielfalt und Pressefreiheit vor neue, vollendete Tatsachen stellt.

Das vorliegende Buch geht zurück auf eine Reihe von Vorträgen und Diskussionen, die rund um den Internationalen Tag der Pressefreiheit 2009 von der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation (MHMK) initiiert wurden. In drei Vortragsveranstaltungen in München, Köln und Hamburg sprachen und diskutierten Journalisten, Politiker, engagierte Bürger und Studierende über Pressefreiheit in ausgewählten Regionen der Welt: In München wurden die Chancen für und der Status von Pressefreiheit in Nahost ausgelotet, in Köln ging es um Afrika und Russland und in Hamburg wurde über die schwierige Arbeit von Journalisten in China und Südostasien informiert.

Dieser Band ist daher einerseits geografisch (Europa und die westliche Welt, Naher Osten, Afrika, Asien), andererseits thematisch (u. a. in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte, Recherche, Informationsfreiheitsgesetz, Medienpolitik, Medienstrukturwandel) gegliedert. Er schlägt eine Brücke zwischen politischen Hotspots und solchen Regionen, die selten im Fokus der Öffentlichkeit stehen sowie zwischen gewaltsamen Bedrohungen der Pressefreiheit und ihrer subtilen Gefährdung durch Interessenvertreter oder Lobbyisten. Zudem verbindet dieser Band Theorie und Praxis: Journalisten sind mit ihren Überblicksbeiträgen und praxisgebundenen Erfahrungsberichten, in denen sie aus dem journalistischen Alltag berichten, ebenso vertreten wie Journalismusforscher. Somit richten sich die Beiträge in diesem Band sowohl an akademisch interessierte Leser als auch an praktizierende Journalisten und Berufseinsteiger, die ihre öffentliche Aufgabe reflektieren und zugleich über die internationale Situation informiert werden möchten.

Die Befunde und Berichte aus aller Welt stimmen nachdenklich: So zeigt sich unter anderem, wie sich – trotz aller Globalisierung – ganze Länder vom Ideal der Pressefreiheit abkoppeln, und dass ein universelles Konzept von Pressefreiheit in Wirklichkeit eine Schimäre ist. Mindestens ebenso bedenklich ist, dass auch in Staaten, deren Verfassungen und demokratisches Selbstverständnis auf einer freien und unbeeinflussten Presse gründen, einige politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger dieses Recht als lästige Störung ihrer Interessen empfinden. Mit dem Band *Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen für die Pressefreiheit* zeigen wir kritisch auf, wo die Grenzlinien verlaufen und dass national wie international, verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Pressefreiheit zu schützen – auch wenn nicht immer ein Schlagbaum den Weg versperrt.

Wir danken allen Autoren für ihre Vorträge und Diskussionsbeiträge anlässlich der Veranstaltungen zum Internationalen Tag der Pressefreiheit in München, Köln und Hamburg sowie ihre erhellenden Beiträge für dieses Buch, den Organisationen Reporter ohne Grenzen, Journalisten helfen Journalisten, Freedom House und Greenpeace für ihr unablässiges Engagement in Sachen Pressefreiheit und Menschenrechte, den djv-Landesverbänden NRW, Bayern und Köln für ihre kooperative Mitarbeit sowie dem Herbert von Halem Verlag für das – wie immer – überaus professionelle Lektorat und die konstruktive publizistische Zusammenarbeit.

Die Herausgeber

München / Köln / Hamburg, Januar 2010

Literatur

gruner + jahr ag & co kg: European Charter on Freedom of the Press. 2009, online:

<http://www.pressfreedom.eu/de/index.php> vom 10. Januar 2010

freedom house: Map of Press Freedom. 2009, online:

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2009>
vom 10. Januar 2010

united nations educational, scientific and cultural organization: UNESCO

Remembers Assassinated Journalists. 2010, online: http://portal.unesco.org/ci/en/ev.php-url_id=28016&url_do=do_tOPIC&URL_SECTION=-481.html vom 10. Januar 2010

HERIBERT PRANTL

Pressefreiheit – das täglich Brot der Demokratie. Wert und Gefährdung eines Ur-Grundrechts

Von der Pressefreiheit wird hierzulande viel geredet, sie interessiert aber eigentlich kaum noch jemanden. Im Irak, in China, im Iran oder in Algerien ist das anders: Dort ist die Pressefreiheit nur zwei mal drei Meter groß, so groß wie eine Gefängniszelle. Journalisten leben dort gefährlich, in diesen Ländern wird darum gerungen, dass das eigentlich Selbstverständliche selbstverständlich wird: dass Journalisten einigermaßen frei arbeiten können.

In diesen Ländern wissen die Menschen, was Pressefreiheit wert ist, sie wissen es so wie die ersten deutschen Demokraten auf dem Hambacher Fest von 1832 und in der deutschen Revolution von 1848, als alle politischen Sehnsüchte in diesem einen Wort mündeten: Pressefreiheit. Der Kampf gegen die Zensur war damals ein Kampf gegen die alte Ordnung und ›Pressefreiheit‹ war für Menschen wie Johann Georg August Wirth und Ludwig Börne so etwas wie ein Ur-Grundrecht und ein Universalrezept zur Gestaltung der Zukunft.

Das ist nicht nur Geschichte: Die Pressefreiheit war, ist und bleibt ein ›Leuchtturm-Grundrecht‹. Es gibt viele Länder, die diesen Leuchtturm abgeschaltet haben; es gibt Länder, in denen Journalisten damit rechnen müssen, dass nachts die Geheimpolizei bei ihnen anklopft oder gleich die Tür eintritt.

160 Berichterstatter sitzen weltweit hinter Gittern, weil sie die Menschen informiert haben und sie weiterhin informieren wollten. Die weltweit meisten inhaftierten Journalisten gibt es in China, gefolgt von Eritrea und Kuba.

An jedem Tag der Pressefreiheit denken wir an die Kolleginnen und Kollegen in Haft.

Vor Kurzem habe ich für das *Medium Magazin* eine Kollegin auszeichnen dürfen, die im Irak Journalistinnen und Journalisten ausgebildet hat. Susanne Fischer hat fünf Jahre lang, von 2003 bis 2008, Journalisten im Irak unterrichtet, seit 2008 tut sie das in Syrien. Sie arbeitet unter Bedingungen, die man sich kaum vorstellen kann, wenn man hierzulande als Dozent an der Henri-Nannen-Schule oder an einer der Presseakademien arbeitet. Susanne Fischer hat mit ihrem ›Institute for War and Peace Reporting‹ 300 junge Journalisten ausgebildet. Vier ihrer Schüler sind getötet worden, Dutzende haben Drohungen erhalten. Einige mussten untertauchen oder sich in den Nachbarländern in Sicherheit bringen. Susanne Fischer hat sich nicht einschüchtern lassen, ihre Schüler auch nicht.

Susanne Fischer und ihre jungen Kolleginnen und Kollegen im Irak und in Syrien lehren uns etwas über die Ursprünge unseres Berufs: Pressefreiheit ist nicht die Freiheit zu bequemer Berufsausübung: Sie ist vor allem die Pflicht zur Aufklärung. Wer im Irak oder in Syrien Journalistenausbildung betreibt, der lehrt nicht einfach schreiben – der lehrt Pressefreiheit, der lehrt Haltung, der lehrt und lebt das, was die Kernkompetenz des Journalismus ist: sich nicht einschüchtern zu lassen; nicht von der Politik, nicht von der Wirtschaft, nicht von sogenannten ›Sach- und Spatzwängen‹ und auch nicht von Kollegen.

Bei der Preisverleihung habe ich Susanne Fischer gefragt: »Sie arbeiten in einem Land, in dem der Tod allgegenwärtig ist, in Gestalt von Autobomben, Selbstmordattentätern und Killerschwadronen – was können denn Journalisten in einem solchen Klima der Gewalt überhaupt noch ausrichten?« Die Antwort: »Es ist in diesem Klima eine Leistung, wenn es dank vieler gut ausgebildeter Journalisten vermieden werden kann, dass Medien dazu aufrufen, Schiiten oder Sunniten abzuschlachten. Journalisten können so dazu beitragen, dass es nicht noch schlimmer kommt.«

Wenn man von der Journalistenausbildung in Ländern wie dem Irak hört, dann bekommt das Wort ›Entwicklungshilfe‹ Glanz: Journalisten sind in diesen Ländern Entwicklungshelfer der Demokratie und ihre Arbeit dort lehrt uns, hier in Deutschland, was wir im Alltagstrott oft vergessen: Journalismus ist nicht nur ein Job, nicht nur Beruf, sondern auch Berufung.

In Deutschland wird von der Pressefreiheit zwar viel geredet – aber sie interessiert eigentlich kaum noch jemanden, am wenigsten den Gesetzgeber. Der geht mit der Pressefreiheit um wie die deutsche Familie mit dem Weihnachtsschmuck: Den packt man aus, hängt ihn an den Baum, sagt Ah und Oh, und dann hängt man ihn wieder weg. Die Pressefreiheit gilt deutschen Politikern als schmückender Tand, als Gedöns-Grundrecht. Sie gehört zum glänzenden Schmuck, den man sich zu besonderen Tagen, zum Beispiel beim Grundgesetzjubiläum, aufhängt. Im gesetzgeberischen Alltag spielt die Pressefreiheit keine Rolle – siehe zuletzt das BKA-Gesetz, siehe die Vorratsdatenspeicherung, siehe das Gesetz zur Überwachung der Telekommunikation. Die Telefone der Journalisten werden überwacht, ihre Telefonnummern werden gespeichert, ihre Computer können elektronisch durchsucht werden – gerade so, als gäbe es keinen Schutz der Vertraulichkeit, als gäbe es kein Redaktionsgeheimnis, als gäbe es kein Zugriffsverweigerungsrecht. Was aber hilft das in der Strafprozessordnung verankerte Zeugnisverweigerungsrecht, was hilft es dem Journalisten, wenn er die Auskunft darüber verweigern darf, was ihm Informanten mitgeteilt haben – wenn der Staat das durch Computerdurchsuchung oder Telefonüberwachung ohne Weiteres herausbekommen kann?

Die Pressefreiheit muss, und so ist es leider seit längerer Zeit, beiseite springen, wenn der Staat mit Blaulicht, also mit Sicherheitsinteressen, daherkommt. Der Gesetzgeber hat es sich angewöhnt, Pressefreiheit gering zu schätzen. Ich frage mich natürlich: Hat es sich nicht auch der Journalismus angewöhnt, sich selbst gering zu schätzen? Geht nicht womöglich von der Presse selbst mehr Gefahr für die Pressefreiheit aus als vom Gesetzgeber? Ich glaube, ja: Die große Gefahr für den Journalismus hierzulande geht vom Journalismus, von den Medien selbst aus – von einem Journalismus, der den Journalismus verachtet; von Verlegern und Eigentümern, die ihn wegen echter oder vermeintlicher Sparzwänge kaputt machen; von Medienunternehmen, die den Journalismus auf den Altar des Anzeigen- und Werbemarktes legen.

In Zeiten der einbrechenden Anzeigenerlöse brechen auch die Grundsätze journalistischer Ethik schnell ein: Schauen Sie in die *Spiegel*-Ausgabe Nummer 18 vom 27. April 2009; da wurde die traditionsreiche *Spiegel*-Hausmitteilung an die Autoindustrie verkauft: Die Anzeige von Toyota ist in Form einer Hausmitteilung gestaltet. Der Leser wundert sich, liest, schüttelt den Kopf – das Kopfschütteln hat sich der Spiegel-Verlag teuer

bezahlen lassen. Auf dem nächsten Blatt folgt dann die ›richtige‹ Hausmitteilung. Der Werbespruch von Toyota lautet: Nichts ist unmöglich – der *Spiegel* hat sich dieses Motto zu eigen gemacht, um die Grundsätze der Trennung zwischen redaktionellem Inhalt und Anzeigen zu durchbrechen: Nichts ist unmöglich.

So wird journalistische Seriosität verscherbelt. So wird demonstriert, wie schnell man wirtschaftlichem Druck nachgibt. So wird gezeigt, wie schnell auch auf den sogenannten ›Flaggschiffen‹ des Journalismus ein fataler Satz seinen Einzug hält: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Man verkennt dabei, dass der mittel- und langfristige Schaden viel größer sein wird als der kurzfristige finanzielle Nutzen.

Der Tag der Pressefreiheit ist ein Tag zur Selbstbesinnung und zur Selbstvergewisserung – dazu gehört es auch, sich Vorbilder vor Augen zu halten. Die Presse schreibt über alle und jeden, sie kennt aber ihre eigenen Helden und Vorbilder nicht. Wer kennt zum Beispiel Philipp Jakob Siebenpfeiffer? Unser journalistischer Urahn, geboren im Revolutionsjahr 1789, war ein kämpferischer Mann, einer, der sich den Mund nicht verbieten und den Schneid nicht abkaufen ließ. Er war Schüler des liberalen Staatsrechtslehrers Karl von Rotteck, wurde mit 29 Jahren Landkommissar des Kreises Homburg in der Rheinpfalz, geriet aber bald mit dem Regime aneinander. Er trat aus dem Staatsdienst aus, wurde bürgerlicher Revolutionär, demokratischer Volksmissionar, Journalist, Verleger und Streiter gegen die Zensur.

»Die Zensur ist der Tod der Pressefreiheit und somit der Verfassung, welche mit dieser steht und fällt«, schrieb er in seiner Zeitung. Als die Regierung seine Druckerpresse versiegelte, verklagte er sie mit dem Argument: Das Versiegeln von Druckerpressen sei genauso verfassungswidrig wie das Versiegeln von Backöfen. Das ist ein wunderbarer Satz, weil darin die Erkenntnis steckt, dass Pressefreiheit das tägliche Brot ist für die Demokratie. Vor über 177 Jahren zählte Siebenpfeiffer zu den Gründern der Vaterlandsvereine zur ›Unterstützung der freien Presse‹ und im Mai 1832 lud er zum Hambacher Fest. Dieses erste demokratische Fest war zugleich das erste große Fest der Pressefreiheit in Deutschland.

Ich beginne mit diesem unserem journalistischen Urahn, weil er am Beginn einer Reihe von großen Journalisten steht. In der Weimarer Republik hießen die Siebenpfeiffers Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, in der Bundesrepublik hießen sie Henri Nannen und Rudolf Augstein, auch Axel Springer: Bei allen Differenzen und Unterschieden

wussten sie, dass der Journalismus eine Aufgabe ist, die über das Geldverdienen hinausgeht.

Diese großen Namen des Journalismus stehen nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft des Journalismus. Es ist wichtig, dass die jungen Kollegen in den Journalistenschulen nicht nur lernen, wie der »Crossover-Journalismus« funktioniert, dass sie nicht nur lernen, wie man effektiv und schnell schreibt und produziert, sondern dass sie auch erfahren, dass es journalistische Vorbilder gibt, große Vorbilder – und warum sie es sind und wie sie es wurden. Diese Vorbilder waren nicht nur wunderbare journalistische Handwerker und kluge Verleger – sie hatten eine Haltung.

Haltung: Das Wort ist aus der Mode gekommen. Haltung heißt: für etwas einstehen, Haltung heißt: sich nicht verbiegen lassen, nicht von kurzfristigen Moden, nicht von unrealistischen Renditeerwartungen, nicht von Bilanzen. Ich bin davon überzeugt: Wenn die journalistische Bilanz einer Zeitung, eines Medienunternehmens stimmt, dann stimmt langfristig auch die ökonomische.

Die Presse ist ein »ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung«, heißt es im *Spiegel*-Urteil. Eine »freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse« ist ein »Wesenselement des freien Staates« schrieb das Bundesverfassungsgericht 1966 – an solchen Sätzen haben Journalisten wie Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Ludwig Börne, Carl von Ossietzky, Rudolf Augstein und Henri Nannen mitgeschrieben.

Für einen solchen Satz haben in Deutschland Demokraten wie Johann Georg August Wirth auf den Barrikaden gekämpft, für einen solchen Satz wurde Siebenpfeiffer in Landau ins Gefängnis geworfen und musste dort, wie es den Gefangenen zur Auflage gemacht wurde, wöchentlich drei Paar Socken stricken. Hätte er geahnt, dass solch ein Satz eines Tages vom höchsten Gericht so gerühmt werden würde – er hätte vor Freude sechs Paar Socken gestrickt.

Die goldenen Sätze des Bundesverfassungsgerichts haben es nicht verhindern können, dass es noch immer und immer wieder staatliche Versuche gibt, Pressefreiheit zu fesseln. Denken wir an die Durchsuchungsaktionen in Zeitungshäusern, Redaktionen und Privatwohnungen von Journalisten, denken wir an das Vorratsdatenspeichergesetz, das Durchsuchungsaktionen ziemlich überflüssig macht, weil die Ermittlungsbe-

hören ohnehin nachschauen können, mit wem ein Journalist telefoniert hat; denken wir an die Gesetzespläne zur Online-Durchsuchung von Computern – auch Journalisten-Computer sind davon betroffen.

Manchmal kommt mir heute die Pressefreiheit vor wie ein ausgestopftes Tier, wie ein einbalsamiertes Grundrecht, prächtig präpariert von den Verfassungsrichtern in Karlsruhe, sodass es fast aussieht, als wäre es lebendig – aber nur fast. Es ist wie in der Schule im Biologieunterricht: Von Zeit zu Zeit wird das Tier abgestaubt, der Biologielehrer stellt es vor der Klasse auf und erzählt dann, was das Tier gemacht hat, als es noch gelebt, gejagt und gefressen hat.

Manchmal aber geschieht ein Wunder – dann wird die Pressefreiheit gefährlich lebendig. Wenn die Pressefreiheit also den Mächtigen nahe rückt, wenn sie einen wirklichen Großskandal entdeckt, dann ist das eine Sternstunde des Journalismus. Aber so ein Skandal hält leider meist nur für eine gewisse Zeit, denn alsbald wird schon wieder, wie es im Jargon heißt, eine andere Sau durchs Dorf getrieben. Es fehlt der Politik und den Medien der lange Atem. Gleichwohl: Die Wochen, in denen investigativer Journalismus in die dunklen Ecken unseres Gemeinwesens leuchtete, haben auch mir eine Kompetenz der Medien wieder gezeigt, an der ich immer wieder zu zweifeln beginne: die Aufklärungs- und Aufdeckungsmacht der Presse, ihre überlegene Aufdeckungskompetenz. Ich sage das als politischer Journalist und Leiter eines politischen Ressorts, der früher einmal Richter und Staatsanwalt war.

Die Staatsanwaltschaft hat bekanntlich alle möglichen Zwangsmittel zur Verfügung, bis hin zum Haftbefehl. Täuscht mein Eindruck, dass Publizität (die gut belegte Enthüllungsgeschichte, die untermauerte Analyse) bisweilen ein wirksameres Mittel sein kann? Die Macht und die Kraft der Medien können bei der Aufklärung politischer Skandale mit strafrechtlichem Einschlag in besonderer Weise deutlich werden – gerade dann, wenn man die Rolle der Medien vergleicht mit der bescheidenen Rolle, die dabei Richter und Staatsanwalt spielen. Welcher der großen politischen Skandale der Bundesrepublik ist eigentlich strafrechtlich aufgearbeitet worden? Die Instrumente des Strafrechts kratzen, wenn überhaupt, dann ziemlich an der Oberfläche. Die politischen Krisen mit strafrechtlichem Einschlag sind nicht wirklich gefährlich – solange sie von der Presse aufgedeckt werden können. Gefährlich wird es, wenn sie nicht mehr aufgedeckt werden – weil es der Journalismus nicht mehr schafft, ob aus juristischen oder ökonomischen Gründen.

Nicht jede Woche und nicht jeden Monat kann ein Skandal entdeckt werden: So etwas kostet viel Zeit und Kraft und redaktionelle Kapazitäten. Gern tun Verleger, die diese redaktionellen Kapazitäten aus Kostengründen nicht mehr unterstützen wollen, so, als sei das nicht weiter tragisch, weil es ja angeblich nicht so schwer sei, zu Exklusivgeschichten zu kommen. Das führt zu einer besonderen Art von journalistischer Kreativität: Wenn etwa wieder über eine neue Reichensteuer oder eine Gesundheitsreform diskutiert wird, schlägt man sein Verzeichnis der üblichen Verdächtigen in den regierenden Parteien auf. Schon bevor man mit ihnen gesprochen hat, weiß man, dass hinterher die Schlagzeile »Streit in der Koalition geht weiter/spitzt sich zu« berechtigt sein wird. Am nächsten Tag reagieren darauf andere, darunter vielleicht auch die Kanzlerin. So entstehen aus vier Telefonaten oder zwei Morgeninterviews Ermahnungen im Präsidium, neue Stellungnahmen, Forderungen der Fraktionen, Machtworte – also Politik. Diese Art von Exklusiveritis ist eine journalistische Krankheit. Sie gehört zum Kikeriki-Journalismus, der aufgelegten Kräherei also, die seit einiger Zeit unsere Publizistik prägt.

Wenn ich von der Geschichte der Pressefreiheit spreche, von unseren Vorbildern, von Siebenpfeiffer – dann rede ich davon, woher wir kommen und wohin wir müssen. Wenn wir das nicht wissen, dann haben wir keine Zukunft, weil wir dann nicht wissen, wohin wir sollen.

Vorbilder gibt es für die Pressefreiheit und es gibt sie für die Freiheitsrechte allgemein. Schauen wir uns im Parlamentarischen Rat um. Nur wenige der Räte sind heute noch so bekannt wie der CDU-Politiker Jakob Kaiser, der sich vom 20. Juli 1944 an, dem Tag des gescheiterten Hitler-Attentates, in einem Keller in Babelsberg versteckt hatte; oder der Sozialdemokrat Ernst Reuter, der nach Verhaftung und Konzentrationslager 1935 in die Türkei emigriert war; oder Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident. Da gab es auch tapfere Kommunisten wie Max Riemann oder weltmännische Sozialdemokraten wie Rudolf Katz. Katz war bis 1933 jüdischer Anwalt in Altona, dann Berater von Chiang Kai-shek in China, dann Zeitungsredakteur in New York – und als Justizminister von Schleswig-Holstein ab 1946 stellte er viele Alt-Nazis wieder ein, weil er glaubte, so ließe sich das Misstrauen der Deutschen gegen Emigranten wie ihn abbauen. 1951 wurde Rudolf Katz Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts.

Solche Persönlichkeiten, die Parlamentarischen Rätinnen und Räte, haben uns etwas zu sagen zum 60. Jubiläum des Grundgesetzes, zumal

dann, wenn der ehemalige Bundesinnenminister Schäuble sagt, wir könnten uns nicht mehr so viel Freiheit leisten, die Welt habe sich eben verändert in den vergangenen 60 Jahren; die Gefahren des Terrorismus seien so groß, dass man auf lieb gewonnene Freiheiten verzichten müsse. In so einer bedrohlichen Lage wie heute sei Deutschland nie gewesen, sagen Sicherheitspolitiker.

Schauen wir uns im Deutschland der Jahre 1946 bis 1949 um, den Grundgesetz-Jahren. Hunderttausende von *displaced persons* zogen durch die Städte; 1,5 Millionen Flüchtlinge lagerten allein im kleinen Schleswig-Holstein. Trotzdem: Über ein Grundrecht auf Asyl wurde nicht lange gestritten, es war selbstverständlich, viele hatten am eigenen Leib erfahren, wie notwendig es ist. Die Kriminalität war auf abenteuerliche, nie gekannte Höhen gestiegen, die Zahl der Kapitalverbrechen explodierte. Trotzdem wurde die Todesstrafe abgeschafft. Allenthalben herrschte Angst vor einem neuen Krieg, die Sowjets hatten Berlin abgeriegelt, überall gab es Spione, Verrat, politische Entführung. Trotzdem war jedem klar, dass es nie wieder Folter geben dürfe, auch nicht zur Erzwingung für den Staat wichtigster Aussagen. Das Recht auf körperliche Unverletzlichkeit wurde ins Grundgesetz geschrieben: Man wusste, was kommt, wenn Demütigung zum Instrument staatlichen Handelns wird.

In unsicherster Zeit wurden die Grund- und Freiheitsrechte geschaffen, der Boden zitterte, auf dem sie geschrieben wurden. In solch elenden Verhältnissen ist nie eine Verfassung entstanden. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben wirklich gefürchtet, dass die Welt untergeht – und trotzdem haben sie es mit Martin Luther gehalten: Sie haben das Bäumchen gepflanzt. Es war der Freiheitsbaum, den schon die Demokraten 1832 beim Hambacher Fest hatten pflanzen und wachsen sehen wollen. Diesmal wurden die Wurzeln besonders sorgfältig gebettet: Glaubensfreiheit, Berufsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, die persönlichen Freiheitsrechte, die Menschenwürde.

Und dann, im sichersten Staat, den die Deutschen je hatten, wurden die Grund- und Freiheitsrechte wieder beschnitten: erst das Grundrecht auf Asyl, weil das Boot angeblich voll war. Dann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, weil man angeblich nur mit dem großen Lauschangriff der Kriminalität Herr werden konnte. Jetzt ist es der islamistische Terror, der dafür herhalten muss, die Pressefreiheit, das Fernmeldegeheimnis, die Unverletzlichkeit der Wohnung und andere Grundrechte zu beschneiden. Der Stolz auf die Grund- und Freiheits-

rechte ist verloren gegangen. Erinnern wir uns daher an die Zeit vor 60 Jahren, erinnern wir uns an die Vorbilder.

Vielleicht sollten Journalisten und Verleger nicht so viel von der Pressefreiheit reden, sondern sie einfach praktizieren. Zu viel Weihrauch, sagt das Sprichwort, rußt den Heiligen. Was für einen Heiligen gilt, kann auch für ein Grundrecht gelten: In den Weihrauchschwaden ritualisierter Lobpreisung erkennt man es kaum mehr, es verliert sein Gesicht. Ich nenne hier ausdrücklich beide, Verlage und Redaktionen: Sie beide müssen in ihrer Arbeit zeigen, was Pressefreiheit ist und was sie ihnen wert ist.

Schlimmer als *Cicero-Razzien*, Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen sind die geistigen Zwangsjacken, die sich der Journalismus selbst anzieht. Zu beklagen ist eine Tendenz zur Vermischung von Information und Unterhaltung. Zu beklagen ist die Vermischung von Journalismus und PR. Zu beklagen ist in den vergangenen Jahren eine Verquickung von Journalismus und Wirtschaft, die Tatsache also, dass sich immer mehr Journalisten zu Büchsenspannern und Handlangern von Lobbyisten haben machen lassen. Wir verleihen Medienpreise für ›Kritischen Journalismus‹. Kritischer Journalismus – das sollte eigentlich eine Tautologie sein.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sprach im Jahr 2004 Caroline, der Prinzessin von Monaco, eine geschützte Privatsphäre auch außerhalb ihres Hauses zu; die Öffentlichkeit könne kein legitimes Interesse daran geltend machen, zu erfahren, wo die Prinzessin sich aufhält und wie sie sich allgemein in ihrem Privatleben verhält – auch dann nicht, wenn sie sich an Orte begibt, die nicht als abgeschieden bezeichnet werden können. Die Verleger und Chefredakteure von bunten Blättern sahen daraufhin das Ende der Pressefreiheit nahen, weil das Caroline-Urteil das Persönlichkeitsrecht über Gebühr ausdehne.

Doch was bitte ist Prinzessin Caroline gegen einen Verleger, der komplette Redaktionen vor die Tür setzt? Und was bitte sind Prinzessin Caroline und das viel zitierte Caroline-Urteil gegen den Verleger Montgomery, der die *Berliner Zeitung* behandelte, als handle es sich nicht um eine Zeitung, sondern um ein Spekulationspapier? Sicherlich ist eine gute Zeitung auch ein Wertpapier – aber in einem ganz anderen Sinne, als das Montgomery & Co meinen.

Pressefreiheit ist nicht die Freiheit, Redaktionen auszupressen. Pressefreiheit ist auch nicht die Freiheit, sie durch redaktionelle Zeitarbeitsbüros zu ersetzen, als gelte es, ein Call-Center eine Weile am Laufen zu

halten. Pressefreiheit ist nicht die Freiheit der Heuschrecken, sondern die Freiheit verantwortungsbewusster Journalisten und Verleger. Heuschrecken fressen alles, auch die Pressefreiheit – und manchmal tarnen sie sich auch als niedliche Käfer.

Schon heute sagt jeder dritte Journalist, dass die Zeit fehle, um sich über ein Thema auf dem Laufenden zu halten. Dadurch ist eine zentrale journalistische Aufgabe gefährdet (und zwar nicht nur bei vielen kleinen lokalen Blättern): das Aufspüren von Entwicklungen, das Sammeln, Bewerten und Ausbreiten von Fakten und Meinungen. Journalistische Arbeit kann man nicht einfach in PR-Büros, lobbyfinanzierte Werbeagenturen und Schreibbüros auslagern – genau das geschieht aber. Es besteht, wie noch nie seit 1945, die akute Gefahr, dass der Journalismus verflacht und verdummt, weil der Renditedruck steigt; weil an die Stelle von sach- und fachkundigen Journalisten immer öfter Produktionsassistenten für Multimedia gesetzt werden, wieselflinke Generalisten, die von allem wenig und von nichts richtig etwas verstehen. Aus dem Beruf, der heute Journalist heißt, wird dann ein multifunktionaler Füller von Zeitungs- und Webseiten. Solche Füllungstechnik ist allerdings nicht die demokratische Kulturleistung, zu deren Schutz es das Grundrecht der Pressefreiheit gibt.

Der Presse ist die Freiheit garantiert. Die Presse besteht aus Journalisten, Verlegern, Medienunternehmen. Die Pressefreiheit könnte entfallen, wenn diese Freiheit als Freiheit ohne Verantwortung missverstanden wird und wenn Medienunternehmen sich nur noch als Renditeunternehmen wie jedes andere auch verstehen. Manager, die glauben, die Herstellung von Druckwerken sei nichts anderes als die Herstellung von Plastikfolien, täuschen sich: Für die Hersteller von Plastikfolien gibt es kein eigenes Grundrecht.

Es hat seinen Grund, warum es das Grundrecht der Pressefreiheit gibt: Pressefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass Demokratie funktioniert. Wird dieser Grundsatz nicht mehr geachtet, wird das Grundrecht grundlos. Dann verlieren nicht nur Zeitungen ihre Zukunft.

Es gibt Leute, die arbeiten schon am Entwurf der Todesanzeige für die Zeitung: »Geboren 1603 in Straßburg/Elsass, gestorben 2020. Wir werden der Zeitung ein ehrendes Andenken bewahren«. Diese Beerdigungsredner sprechen allerdings nicht von der Zusammenlegung von Redaktionen, auch nicht von entlassenen Redakteuren und nicht vom Outsourcing – sie sprechen vom Internet.

Seitdem der amerikanische Publizist Philip Meyer im Jahr 2004 ein Buch mit dem Titel *The Vanishing Newspaper* veröffentlicht, also das Verschwinden der Tageszeitung angekündigt hat, hören sich die Podiumsdiskussionen auf Medientagen über das Internet so an wie Vorbereitungen zur Beerdigung der Zeitungen. Für derlei Überlegungen ist es aber erstens ein bisschen früh, denn selbst Professor Meyer hat den Tod der Tageszeitungen erst für das Jahr 2043 vorhergesagt. Zweitens könnte es sich mit Meyers Prophezeiungen so verhalten wie mit denen seines Kollegen Francis Fukuyama, der 1993, als das östliche Imperium und der Staatskommunismus zusammengebrochen waren, das Ende der Geschichte ausgerufen hat: Die Geschichte mochte sich dann doch nicht daran halten.

Aber es gibt den schon beschriebenen Ehrgeiz etlicher Zeitplaner, die von Meyer berechnete Mortalität zu beschleunigen. In Berlin ist es gerade noch einmal gut gegangen: Dort bemühte sich der Verleger Montgomery mit seinen örtlichen Statthaltern der *Berliner Zeitung*, den Journalismus auszutreiben und aus der Zeitung eine Benutzeroberfläche zu machen, auf der immer weniger von dem platziert wird, was Geld kostet (nämlich gute Artikel), aber immer mehr von dem, was Geld bringt (nämlich Product-Placement). Doch Montgomery und sein Mecom-Management sind vertrieben worden. Ein großer Verleger, Neven DuMont hat die Berliner Zeitung übernommen und wird sie hoffentlich als journalistisches Qualitätsblatt erhalten. Doch ist zu befürchten: Montgomery ist zwar weg aus Berlin, aber sein Beispiel macht anderswo Schule.

Also werden Journalisten entlassen, Korrespondenten eingespart, Redaktionen aufgelöst, eigene Texte durch solche von Agenturen ersetzt oder billig eingekauft. Chefredaktionen verwandeln sich in eine Geschäftsführung, Geist mutiert in Geistlosigkeit: Man spart, bis die Leser gehen. Es ist wie eine absonderliche Version des Märchens vom Rumpelstilzchen: Es wird, aus Geldsucht und Unverstand, Gold zu Stroh gesponnen.

Mit Meyers Überlegungen hat das wenig zu tun: Als er davon schrieb, dass im Jahr 2043 zum letzten Mal ein Exemplar einer Zeitung im Briefkasten oder auf der Türschwelle irgendeines Bürgers irgendwo in den Vereinigten Staaten liegen werde, da dachte er nicht an Käfer und Heuschrecken, welche die Zeitungen und ihre Redaktionen kahl fressen – er dachte an das Internet: Das neue Medium werde dem alten über kurz oder lang den Garaus machen, weil es rasend schnell sei und sich in Echtzeit bewege. Meyer hat natürlich recht damit, dass das Internet rasend

schnell ist. Es ist schnell, es ist ubiquitär und es hat etwas sympathisch Antiautoritäres – aber ein sympathisches neues Medium bedeutet mitnichten automatisch das Ende des sympathischen alten. Das Internet ist nicht das Ende der gedruckten Zeitung, es nimmt der gedruckten Zeitung nur eine Aufgabe ab, die sie bisher, so gut es halt ging, zu erfüllen versuchte. Bei der ›Vermeldung‹ von Ereignissen kommt und kam die Zeitung bei allem Bemühen immer zu spät.

Den Tod Napoleons auf St. Helena am 5. Mai 1821 meldete die *London Times* als erste Zeitung am 4. Juli 1821, also erst zwei Monate später. Die *Vossische Zeitung* in Berlin druckte die *Times*-Meldung weitere zehn Tage später nach. Die Nachricht über den Tod Mahatma Gandhis traf 1948 schon wenige Minuten nach dem Schuss des Attentäters fast überall auf der Erde ein; sie gilt in der Fachliteratur als das klassische Beispiel moderner Nachrichtentechnik.

Der Fortschritt der Technik und ihr Einsatz im Nachrichtenwesen schlugen sich schon in Zeitungstiteln wie ›Telegraph‹ nieder. Telefon, Funk, Satellit, Radio und Fernsehen machten im Laufe der Zeit aus einer distanzierten eine fast miterlebende Öffentlichkeit – aber nur fast. Das Internet beendet das ›fast‹. Weil es das Internet mit einer schnelleren Methode der bloßen Informationsvermittlung gibt, kann sich die Zeitung auf etwas anderes konzentrieren: auf Analyse, Hintergrund, Kommentierung, auf Sprachkraft, Gründlichkeit und Tiefgang, auf all das, was sich in der Hetze der Echtzeit im Internet nicht leisten lässt.

Die Zeitung kann, soll, muss Wegweiser im Wirrwarr sein. Sie kann, soll, muss Informationen destillieren, konzentrieren, aus- und bewerten. Sie kann, soll, muss Gebrauchsanweisung sein für das digitale Diesseits. Wenn eine Zeitung das alles gut macht, wird sie immer genügend Leser haben, die sich an ihr festhalten, weil die Zeitung der Realitätsvergewisserung dient, weil sie ein Schlüssel ist zum Verstehen der globalisierten Welt, deren Abbild das Internet ist.

Die Nachricht vom bevorstehenden Tod der Tageszeitung ist also übertrieben. Anzeigenaufträge brechen ein, aber sie brechen nicht weg, nicht jede Zahl von US-Zeitungsmachern ist automatisch auf die deutschen Verhältnisse übertragbar.

Michael Naumann, der Herausgeber der *Zeit*, hat sich bei seiner Laudatio zur Verleihung des Herbert-Riehl-Heyse-Preises an die erstaunlichen Verlagsinvestitionen in die CD-ROM-Mode der späten 1980er-Jahre erinnert. Damals war das Ende der klassischen Buchverlage angesagt.

Ein Beispiel: Weit über 200.000 Mark wurden seinerzeit in eine CD-ROM-Transkription von Robert Musils Nachlass investiert. Bezahlt hat das der Steuerzahler – es war ein deutsch-österreichisches Forschungsprojekt. Leider ist diese kleine silberne Scheibe heute nur noch für Kenner lesbar, die eine längst verschüttete Computersprache beherrschen oder entsprechend alte PCs im Keller deponiert haben.

Studien zur Zukunft der Zeitungen verweisen gern auf die us-amerikanische Unternehmensberatungsfirma A.T. Kearney, derzufolge bis 2025 jeder vierte deutsche Verlag vom Zeitungsmarkt verschwunden sein wird. Nur noch 179 von 1000 Menschen würden in 20 Jahren eine Tageszeitung kaufen. Ein paar Jahre später gäbe es dann gar keine Zeitungen mehr – nur noch im Internet. Ein Fall von internetgeleiteter Prophetie? A.T. berät in erste Linie die IT-Industrie.

Die Tageszeitung muss sich, wird sich verändern, sehr viel mehr als die Konkurrenz von Rundfunk und Fernsehen sich verändert hat. Der Inhalt der Zeitung wird ein anderer sein als man es bisher gewohnt war, aber sie wird immer noch und erst recht Zeitung sein: und die Texte, die dort stehen, werden Nachrichten im Ursinne sein – Texte zum Sichdanach-Richten. Das gibt es nicht umsonst, das kostet: Ein Billigjournalismus ist zum Wegwerfen, nicht zum Lesen. Wenn sich eine Zeitung an Anzeigenblättern orientiert, ist sie keine Zeitung mehr, sondern eben ein Anzeigenblatt.

Wenn Zeitungshäuser klug sind, dann machen sie das Internet zu einem Appetizer für die Zeitung, denn dann weckt der Online-Journalismus den Appetit auf mehr. Aber dann muss auch der Appetizer Qualität haben, sonst kann er keinen Appetit machen. Es wird viel davon geredet, dass Zeitungen und Internet sich ergänzen. Ich bin überzeugt davon, dass das stimmt – wenn jedes Medium seine spezifischen Stärken kennt und nutzt. Die Stärke des Internets ist seine Rasananz und die unmittelbare Kommunikation mit dem Leser. Die Stärken der Zeitung sind Reflexion, Tiefenschärfe und eine große Befriedungskraft.

Kritiker haben mir vorgeworfen, mein Optimismus zur Zukunft der Zeitung sei eine Art Selbstbeschwörung. Ich muss nichts beschwören – ich bin fest davon überzeugt. Im Übrigen: Die von professionellen Redakteuren hergestellten, journalistischen Inhalte sind ohnehin nicht gefährdet; jedes Trägermedium ist auf sie angewiesen, ob Zeitung, Rundfunk oder Internet. Das Internet ersetzt gute Redakteure nicht, es macht sie noch notweniger als bisher.

Es wird auch weiter Folgendes gelten: Autorität kommt von Autor und »Qualität kommt von Qual«: Der Satz ist im Eingang der Hamburger Henri-Nannen-Journalistenschule zu lesen. Er gilt nicht nur für Journalistenschüler. Der Satz meint nicht, dass man seine Leser mit dümmlichem, oberflächlichem, billigem Journalismus quälen soll: Dieser Satz verlangt von Journalisten in allen Medien, auch im Internet, dass sie sich quälen, das Beste zu leisten; und er verlangt von Verlegern, dass sie die Journalisten in die Lage versetzen, das Beste leisten zu können.

Die letzte Ausgabe der *Weltbühne* vom 7. März 1933 endete mit dem Satz: »Denn der Geist setzt sich doch durch«. Das ist (auch in viel weniger schwierigen Zeiten als damals) ein gutes Motto für den Journalismus. Der Geist setzt sich durch, das heißt: Qualität setzt sich durch, guter Journalismus setzt sich durch. Guter Journalismus ist Journalismus, der Geld kostet, aber auch Geld bringt. Guter Journalismus hat Zukunft – guter Journalismus hilft dabei, die Zukunft zu gestalten.

Das ist die demokratische Aufgabe der Presse. Zu diesem Zweck gibt es die Pressefreiheit.

ERIK BETTERMANN

»Einschränkung der Medienfreiheit weltweit«

Saudi-Arabien, Oktober 2009. – Der saudische König hat eine zu 60 Peitschenhieben verurteilte Journalistin begnadigt. Über mögliche disziplinarische Strafen wird das Informationsministerium entscheiden. Die 22-Jährige war verurteilt worden, weil sie an einer TV-Show mitgearbeitet hatte, in der ein Saudi im Juli offen über sein Sexualleben berichtete. Wie viele islamische Staaten verbietet Saudi-Arabien sexuelle Inhalte im Fernsehen, in Zeitungen, Magazinen und Büchern.

»Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen, Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.« Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Artikel 19 regelt das Recht des Einzelnen auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Die UN-Menschenrechtscharta ist eine direkte Reaktion auf die Erfahrungen des Weltenbrandes wenige Jahre zuvor. Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte, so sind die Verfasser der 30 Artikel überzeugt, haben vor und im Zweiten Weltkrieg »zu Akten der Barbarei geführt«. Am Vorabend des Kalten Krieges ist die Charta ein Ausdruck der Hoffnung. Sie will den Weg weisen in eine bessere, friedliche Welt.

Sie entstand in einer anderen Welt als wir sie heute kennen. Es war das analoge Zeitalter. Die »neue Unübersichtlichkeit« war weit entfernt.

In Europa prägten Nationalstaaten das Bild, in den überseeischen Gebieten noch weithin die Strukturen kolonialer Herrschaft. Die Medienwelt war bestimmt von Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Zeitschriften, später von Hörfunk und Fernsehen. Nur wenige besaßen internationale Ausrichtung oder einen Ruf von Welt. Auslandsrundfunk war das einzige weltumspannende Medium. BBC WORLDSERVICE, RADIO FRANCE INTERNATIONALE oder VOICE OF AMERICA: Die Kurzwellensender waren für die Hörer der vielsprachigen Programme das Tor zur Welt. In den abgelegenen Regionen Afrikas und Asiens, in den sich abschottenden Volkedemokratien Mittel- und Osteuropas waren sie oft die einzige Quelle für aktuelle oder einigermaßen objektive Informationen. Im Kalten Krieg waren sie – je nach Perspektive – für die einen Instrument politischer Propaganda, für die anderen Stimme der Freiheit.

Für viele Staaten hatten die klaren Sätze der Menschenrechtscharta schon damals lediglich appellativen Charakter. Eingriffe gegen die Medien verhinderten sie nicht. Zensur, Durchsuchung von Redaktionen, Einschüchterung, Inhaftierung oder – probates Mittel im Ostblock – die Einweisung von Journalisten in die Psychiatrie waren bewährte Instrumente von Regierenden, unliebsame Wahrheiten zu unterdrücken. Mit Störsendern und ›Jamming‹ versuchten sie, den freien Fluss der transnationalen Information zu unterbinden. Die Lenkung von Medien und Repression unabhängiger Stimmen haben indes zu keiner Zeit vermocht, die Idee der Freiheit auszuhebeln.

Über Samisdats – nicht systemkonforme, alternative Quellen – gelangten in den 1970er-Jahren ungefilterte Informationen über den realsozialistischen Alltag in die westlichen Medien – und wurden über die Auslandsender gespiegelt. In der DDR schauten die Bürger Westfernsehen – und wurden Ende der 1980er-Jahre landesweit über regimekritische Demonstrationen und schließlich die Grenzöffnungen informiert. Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher meinte gar, Auslandsrundfunk habe mehr als alle waffenstarrten Bataillone in Zeiten des Kalten Krieges an den Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa mitgewirkt. Medien, so die für Regierende in autoritären Staaten beängstigende Erkenntnis, können gesellschaftliche Veränderungen massiv vorantreiben.

Jemen, Oktober 2009. – Ein Journalist wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den Staatspräsidenten in einem Artikel als »Massenvernichtungswaffe« bezeichnet hatte. Zudem verhängt das Sondergericht für Presse-Angelegenheiten